

# Energiepolitik im alten Denkmuster

Das neue Energiegesetz verlangt Anschlusszwang für zunehmend unrentable Fernwärme

Von Daniel Wahl

**Liestal.** Als die regionale Stromlobby das Fernwärmenetz in Binningen baute und sich als «Contractor» ein neues Geschäftsfeld für die nächsten Jahrzehnte zu sichern gedachte, wollte man in Binningen die Hauseigentümer zum Anschluss zwingen. Das Kantonsgericht machte darauf dem politisch-ideologisch motivierten Angriff aufs Privateigentum einen Strich durch die Rechnung: Jeder Hausbesitzer sollte noch selber bestimmen können, wie und von wem er Energie beziehen darf.

Die am linken Flügel der CVP politisierende alt Landrätin Agathe Schuler (CVP) reichte umgehend einen Vorstoss ein, um den Anschlusszwang künftig per Gesetz durchsetzen zu können. Ihr eigentumsfeindliches Ansinnen ist ins neue Energiegesetz eingeflossen, das der Landrat heute berät.

## Wärmebedarf rückläufig

Geht es nach ETH-Professor Hansjürg Leibundgut, setzt nun das Baselbiet auf ein Energiegesetz, das im Denken des Dinosaurier-Zeitalters verhaftet ist. Ausgerechnet ein Klimawandel-Prediger postuliert landauf landab den Tod der Fernwärmenetze. Dies, weil die Häuser in der Schweiz künftig keine von aussen zugeführte Wärme mehr brauchen. Vorbild ist dem mittlerweile emeritierten Professor ein schlichtes Betonhaus in Zürich an der Bolleystrasse, das sich im Winter selber mit Wärme und im Sommer mit Kühlung versorgt.

Ingenieur Werner Müller, Energie-Consultant in Binningen, beurteilt die Fernwärme differenzierter als Leibundgut und gibt ihr auch eine Chance in sinnvoller Umgebung – etwa, wenn die Wärme ungenutzt verpuffen würde, wie im Umfeld einer Kehrverbrennungsanlage (KVA) oder eines kühlintensiven Unternehmens. Doch das Problem der zunehmend bestens isolierten Häuser und der Häufung milder Winter ist auch ihm nur allzu gut bekannt. Es führt dazu, dass Wärmeproduzenten im Baselbiet wie die EBM und die EBL netto immer weniger Fernwärme verkaufen können. In der Branche gelten dazu fixe Kennzahlen. Um wirtschaftlich zu blei-



**Teurer Leitungsbau auf dem Bruderholz.** Das Risiko, hohe Investitionskosten nicht zurückbezahlt zu bekommen, wird vermehrt durch hohe Anschlussgebühren auf den Eigentümer abgewälzt. Foto Stefan Leimer

ben, müssen pro Trasseemeter einer Fernwärmeleitung zwei Megawattstunden (MWh) im Jahr verkauft werden können. «Darunter rentiert es definitiv nicht», so Müller. Eine Altbauwohnung wird mit zehn MWh versorgt, mit anderen Worten: Alle fünf Meter müsste ein potenter Wärmebezügler sein. Solche Dichten finden sich in Städten, auf dem Land weniger – und wegen besserer Isolation immer seltener.

Umgekehrt proportional schnellen die Kosten für Wärmeverluste auf dem Transportweg gegenüber dem Nettowärmebedarf in der Wohnung in die Höhe. Die zwangsangeschlossenen Hauseigentümer werden diese Entwicklung über den Energiepreis ihrem Fernwärmemonopolisten zahlen müssen.

Ohnehin kämpfen heute Fernwärme-Contractors mit der Rentabilität ihrer Netze. Dies, weil der Ölpreis tief ist: Hundert Liter kosten derzeit unter 70 Franken – die Kilowattstunde also

weniger als sieben Rappen. Eines der günstigsten Netze in der Schweiz betreiben die IWB – abgeschrieben und gespiessen von der «Gratiswärme» der KVA. Die IWB verlangen rekordtiefe acht Rappen. «Doch Öl ist derzeit günstiger, weshalb es schwierig ist, Eigentümer für die Fernwärme zu gewinnen», sagt Müller, ist jedoch überzeugt, dass sich dieser Trend ändert, weil die weltweiten Ölreserven endlich sind.

## Protektionistische Energiepolitik

Fernwärmeproduzenten, die ihre Energie – zum Beispiel Holz – mit Lastwagen herankarren müssen, sind im Nachteil und mit Arbeitspreisen bis zu 15 Rappen pro kWh doppelt so teuer wie Öl. Ohne hohe Subventionen wären sie heute schon vom Markt gespült worden. Die fortschreitende technische Entwicklung der Häuser macht diese Contractors zum gesellschaftlichen Risiko. Das neue Baselbieter Energie-

gesetz mit Anschlusszwang soll aber die Stromlobby schützen. «Letztlich ist dies sogar innovationsfeindlich», kommentiert Ökonom Silvio Borner.

Fachleute sind überzeugt: Fernwärmeerzeuger werden auf diese Entwicklung reagieren und das Risiko, zu wenig Fernwärme verkaufen zu können, auf die Hauseigentümer abwälzen. Wie das geht, haben die IWB beim Planen ihrer neuen Fernwärmeleitung zum Bruderholzspital demonstriert: Einem Direktanwärter an das Fernwärmenetz, einem Besitzer eines Einfamilienhauses, wurde eine Anschluss-Offerte zunächst über 64 000 Franken unterbreitet. Dazu hätte er im Haus noch einen Umwandler und sonstige neue Technik für weitere 34 000 Franken installieren müssen. Nach einem Anschlusszwang im Baselbiet hätte er sich nicht mehr wehren können und sich bei den Landräten bedankt. Bei den IWB hat er zu diesem Preis dankend abgelehnt.

# Polizei fasst Posträuber von Läuelfingen

Beide Überfälle aufgeklärt

**Läuelfingen.** Die beiden bewaffneten Raubzüge in der Poststelle in Läuelfingen im November und im Januar sind offenbar aufgeklärt. Die Polizei hat einen 38-jährigen Kosovaren verhaftet. Er legte nach Angaben der Polizei ein Geständnis ab. Die Staatsanwaltschaft Baselland hat mittlerweile ein Strafverfahren wegen mehrfachen bewaffneten Raubs eröffnet.

Dem Räuber von Läuelfingen wurde ein dritter Überfall am 31. März auf die Postfiliale im solothurnischen Trimbach zum Verhängnis. Der Mann wurde kurz nach dem Coup von der Solothurner Polizei gefasst.

Bei seinem ersten Überfall an einem Montagabend im November bedrohte der Posträuber einen Angestellten mit einer Pistole und konnte mit mehreren Tausend Franken Bargeld flüchten. Als dieselbe Poststelle an einem Dienstagmorgen Ende Januar erneut überfallen wurde, war das Vorgehen praktisch identisch. Wieder konnte der Täter mit erbeutetem Bargeld flüchten. sr

## Nachrichten

### Fünf Autos verkeilen sich im Schweizerhalle-Tunnel

**Muttenz.** Im Tunnel Schweizerhalle der Autobahn A 2 in Fahrtrichtung Zürich krachten am frühen Mittwochmorgen im Berufsverkehr insgesamt fünf Personenwagen ineinander. Dabei wurden zwei Personen verletzt. Der Unfall ereignete sich auf der Überholspur, der Hergang ist noch unklar. Vier der fünf Fahrzeuge waren nicht mehr fahrbar. Auf der Autobahn staute sich der Verkehr für über eine Stunde.

### Kriminaltouristen im Fricktal festgesetzt

**Ueken.** Im Fricktal fiel am Dienstagmittag ein französisches Auto verdächtig auf. Die Polizei hielt das Auto, besetzt mit zwei Georgiern, in Ueken an und stiess auf mutmassliches Diebesgut – 20 Flaschen Alkoholika – sowie auf eine Kleinmenge Betäubungsmittel.

# Der digitale Hofladen

Erster Online-Shop für Regionalprodukte von Baselbieter Bauern lanciert

Von Lucas Huber

**Itingen.** Der digitale Einkauf bäuerlicher Produkte steckt noch in den Kinderschuhen. Mit dem Baselland-Shop – oder eben [www.baselland-shop.ch](http://www.baselland-shop.ch) – wagt die lokale Landwirtschaft einen Schritt, um die Direktvermarktung ihrer Produkte ins digitale Zeitalter zu überführen. Glaubt man jenen, die zum gestrigen Launch des Online-Hofladens nach Itingen geladen haben, ist es sogar ein längst überfälliger.

Der Baselland-Shop ist der digitale Hofladen. Mit ihm öffnen sich die Baselbieter Landwirte ein neues Kundensegment und ermöglichen dem Konsumenten erstmals, Produkte verschiedener Betriebe über eine einzige Plattform online zu beziehen. «Der Shop ist ein Instrument, das Sortiment unserer Bauern allen Konsumenten näherzubringen und eine direkte Verbindung zu schaffen», meint Franziska Hochstrasser, Geschäftsführerin des Bauernverbands beider Basel, kurz BVBB.

## Chance für abgelegene Betriebe

Gemeinsam mit Tobias Eggmann, Geschäftsführer von Baselland Tourismus, steckt Franziska Hochstrasser hinter der Lancierung des Webshops. Die Arbeitsaufteilung lässt sich kurz so erklären: Der BVBB bringt die Bauern, Baselland Tourismus die Kunden. Noch haben beide Seiten viel Potenzial, schliesslich war der Launch des Shops erst gestern, dannzumal mit den Produkten von acht Anbietern. In den kommenden Wochen schalten weitere Produzenten ihre Angebote auf. «Die Regale füllen sich», so Franziska Hochstrasser.

Andreas Haas, BVBB-Präsident ad interim, hält viel vom neuen Online-Auftritt «seiner» Bauern. Einerseits hätten nun auch abseits gelegene Höfe die Möglichkeit, in die Direktvermarktung einzusteigen. «Andererseits ist das Potenzial riesig», verrät er – wohlweisend, dass viele Faktoren Einfluss darauf haben, wie gut dieses ausgeschöpft wird. Vieles hängt vom Bekanntheitsgrad der Plattform ab, von der Breite des Sortiments, zügiger Lieferung und: einer einfachen Bedienung der Seite.

Auf Letztgenanntes sind die Macher besonders stolz. Tobias Eggmann spricht von einer «state of the art»-Tech-

nik, die es Kunden mit wenigen Klicks erlaube, unkompliziert an regionale Produkte direkt vom Bauern zu kommen. Und genau von dort kommen sie auch. Wer nämlich bestellt, wird direkt ab Hof beliefert. Das garantiert einerseits direkten Kontakt und frische Ware, bedeutet aber auch, dass es kein zentrales Lager gibt. Wer also bei verschiedenen Betrieben bestellt, erhält mehrere Lieferungen – oder holt auf verschiedenen Höfen selber ab. Das kann sich ändern, wenn der Umschlag der Waren einen gewissen Umfang erreicht, «aber nach heutigem Stand wäre das noch nicht machbar», so Eggmann.



**Regional digital.** Von links: BVBB-Geschäftsführerin Franziska Hochstrasser, Regierungsrat Thomas Weber, BVBB-Präsident Andreas Haas, Shop-Anbieterin Susanne Strub, Tourismus-CEO Tobias Eggmann, Landwirt Werner Bürgin.

# Der ACS beider Basel wittert Morgenluft in der Verkehrspolitik

Verband zieht positive Bilanz nach Abstimmungserfolgen

Von Aaron Agnolazza

**Muttenz.** Zu seiner 118. Generalversammlung lud die Sektion beider Basel des Automobilclubs der Schweiz (ACS) ins Oldtimer-Museum Pantheon. Dem Ruf von ACS-Präsident Urs Schweizer waren sie alle gefolgt: die Präsidien der beiden Kantonsparlamente und die Regierungsräte beider Kantone, für die Anton Lauber die Grussworte überbrachte. Und auch die zahlreichen Mitglieder des ACS fanden den Weg nach Muttenz. Urs Schweizer stieg mit den letzten Erfolgen der Autolobby in die Generalversammlung ein: «Das doppelte Nein zur Strassen-Initiative und dem Gegenvorschlag ist eine Absage an die masslose Basler Verkehrspolitik», kommentierte Schweizer die deutliche Ablehnung der Volksinitiative im Kanton Basel-Stadt vom November.

Ein «Lichtblick» dagegen sei die vom Kanton Basel-Stadt lancierte Aktion gewesen, bei der bis vor Kurzem im Elisabethparking die ersten beiden Stunden Parkieren gratis waren. «Überall dort, wo es attraktive und preislich günstige Parkmöglichkeiten gibt, hat das Gewerbe weniger Mühe», hielt der ACS-Präsident im Hinblick auf den zunehmenden Einkaufstourismus fest.

Während seiner Eröffnungsrede strich Schweizer die Erreichbarkeit der Region als «elementar» heraus: «Es ist nicht akzeptabel, dass man ständig im Stau steht – schweizweit kommen wir pro Jahr bereits auf 22 000 Stautunden», so Schweizer.

Aus diesem Grund wehre sich auch der ACS dagegen, dass die Rheinstrasse wie geplant zurückgebaut werde. Diese

sei bei ständig zunehmendem Verkehr nach wie vor nötig, insbesondere wenn es einmal zu einem Unfall auf der Umfahrungsstrasse A 22 komme, so Schweizer. Der ACS unterstützt deshalb auch die aus Gewerkekreisen lancierte Gesetzesinitiative «zur Verkehrs-Kapazitätssicherung der Rheinstrasse zwischen Pratteln und Liestal». Konkret verlangt die Initiative eine faktisch dreispurige Rheinstrasse mit je einer Normalspur pro Richtung und einem mittleren Mehrzweckstreifen sowie Verkehrsleitsystemen dazu.

## Greif widerspricht der Regierung

Der ACS-Geschäftsführer Christian Greif widersprach in seinem Votum dem Kostenvorschlag der Baselbieter Regierung, die bei einer Annahme der Initiative mit Kosten von rund 20 Millionen Franken rechnet. «Ein ganz ähnliches System in der Nähe des deutschen Rust kostete gerade einmal 1,5 Millionen Franken», erklärte Greif. Auch die Basler Regierung bekam ihr Fett weg, als Greif die Umsetzung der Städte-Initiative aufgriff: Der kürzlich veröffentlichte Verkehrsindex zeige, wie der motorisierte Individualverkehr in Basel-Stadt systematisch verdrängt werde.

Zwar habe der Verkehr auf den Hauptverkehrsachsen um 4,2 Prozent abgenommen, so Greif: «Doch wo sind die Autos hin? In die Quartiere, wo der Verkehr um 2,9 Prozent zugenommen hat.» Entsprechend habe sich die Anzahl der Unfälle in Tempo-30-Zonen drastisch erhöht. «Allein im letzten Jahr nahmen die Unfälle in Tempo-30-Zonen gegenüber 2014 um 36 Prozent zu», hielt Greif abschliessend fest.